Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 thlr. 10 sgr.,
mit Botenlohn 1 thlr. 17 sgr. 6 pf.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 thlr. 11 sgr. 6 pf.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition daselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 sgr.

Stettiner Zeitung.

Mit Königl. Freiheit

Abend-Ausgabe.

No. 76. **Donnerstag, den 14. Februar.** **1856.**

Orientalische Frage.

Die am 7. Februar der Bundes-Versammlung zugegangene österreichische Vorlage lautet nach den „Hamb. Nachr.“ wie folgt:

„Erhaltenem Auftrage zufolge hat der kaiserliche Präsidialgesandte die Ehre, der hohen Bundes-Versammlung den Inhalt eines am 16. Dezember v. J. von dem kaiserlichen Kabinette an den österreichischen Gesandten in Petersburg, Grafen Esterhazy, gerichteten Erlasses, ferner eines vom 16. Januar datirten Schreibens des kaiserlich russischen Reichskanzlers, Grafen v. Nesselrode, an den gedachten Gesandten, durch Ueberreichung von Abschriften hiermit zur Kenntniß zu bringen.

„Die hohe Bundesversammlung wird aus diesen Aktenstücken entnehmen, daß der österreichisch-kaiserliche Hof, nachdem er sich mit den Regierungen von Frankreich und Großbritannien über die Präliminarien eines Friedens verständigt hatte, welchen die drei genannten Mächte dem Zwecke ihrer Allianz und den allgemeinen Interessen Europas entsprechend finden würden, die Annahme dieser Bedingungen dem Hofe von St. Petersburg dringend anempfohlen hat, und daß Se. Majestät der Kaiser von Rußland, um seinem Reiche und der Welt die Wohlthaten des Friedens wiederzugeben, sich dafür entschieden hat, dem Vorschlage Oesterreichs vollständig zuzustimmen.

„Der Gesandte ist ferner angewiesen, Abschrift eines hierauf zu Wien am 1. l. M. unterzeichneten Protokolls zu überreichen, urkundlich dessen die Vertreter Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und der Türkei den Text der gedachten Präliminarien paraphirt und zugleich die Absicht ihrer Höfe dargethan haben, Bevollmächtigte zu ernennen, welche längstens binnen drei Wochen zu Paris zusammen zu treten haben werden, um zum förmlichen Abschlusse des Präliminarvertrags, zur Unterhandlung eines Waffenstillstandes und zur Eröffnung der definitiven Friedensunterhandlungen zu schreiten.

„Es gereicht Sr. Maj. dem Kaiser Franz Joseph zur innigsten Befriedigung, in der Mitte der Regierungen Deutschlands die Hoffnung aussprechen lassen zu können, daß der Augenblick einer friedlichen Lösung der unglücklichen Verwickelungen der letzten Jahre nunmehr herannahe. Se. Maj. sind im Voraus überzeugt, daß ihre hohen Bundesgenossen dieses Gefühl im vollsten Maße theilen werden. Bedürfte es hierfür erst einer Bürgschaft, so müßte dem kaiserl. Hofe schon die Thatsache als eine solche gelten, daß die Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen, des erhabenen Freundes und Verbündeten des Kaisers, ihren Einfluß angewendet hat, um Rußland zu versöhnlichen Entschließungen zu bewegen, und daß auch die Sprache anderer deutscher Höfe demselben Zwecke in St. Petersburg gedient hat.

„In allen Theilen Europa's freudig begrüßt, wird die eingetretene Wendung zum Frieden, — es wird der kaiserl. Regierung gestattet sein, auch hierauf zu vertrauen, — der deutschen Bundesversammlung noch besonders in Betracht des Werthes willkommen erscheinen, welchen die Bedingungen, die den Inhalt des Friedensvertrages hauptsächlich zu bilden bestimmt sind, für die politischen und kommerziellen Interessen des gesammten Deutschlands haben.

„Diese Bedingungen in ihrer Wesenheit sind in der That dieselben, welche der deutsche Bund bereits durch seine früheren Beschlüsse im Ganzen gebilligt und von welchen er die beiden ersten, vom Standpunkte der deutschen Interessen aus, sich bestimmter aneignen und festhalten zu wollen erklärt hat. Wenn den Grundzügen, für deren Durchführung der deutsche Bund in solcher Weise sich ausgesprochen hat, jetzt eine vollständigere Entwicklung gegeben worden ist, so haben die Kabinette von Wien, Paris und London, aus deren Berathungen nur ein ermäßigtes Friedensprogramm hervorgehen konnte, hierbei den doppelten Zweck vor Augen gehabt, der Wiederkehr der verderblichen Störungen, nach deren Beilegung die Welt in diesem Augenblick Verlangen trägt, in möglichst wirksamer Weise vorzubeugen, und durch eine hinreichend bestimmte Fassung der Präliminarpunkte größere Sicherheit für das Zustandekommen eines endlichen Einverständnisses zu gewinnen. Daß die Bürgschaften, die der künftige Friede gewähren soll, durch die nunmehr diesen Punkten gegebene Entwicklung insbesondere für Deutschland nur noch werthvoller geworden sind, werden die hohen Regierungen des deutschen Bundes zu würdigen wissen. Sie werden aber auch andererseits sicher nicht verkennen, daß die genannten Mächte, den Grundsätzen treu, deren gemeinschaftliche Anerkennung das Band ihrer Vereinigung bildet, sich jedes Vorschlags gewissenhaft enthalten haben, der nicht in einem unleugbaren europäischen Interesse seine volle Rechtfertigung fände, und eben deshalb geeignet wäre, von jeder der großen Mächte, welche in erster Reihe die Verantwortlichkeit für den Frieden und die Wohlfahrt Europas unter sich theilen, mit Ehre angenommen zu werden.

„Der kaiserliche Hof hegt die feste Zuversicht, daß dieser Geist der Mäßigung und Fürsorge für das allgemeine Wohl der Völker auch in den nunmehr zu eröffnenden Unterhandlungen herrschen, und daß in Folge hiervon der im fünften Punkte des Programms ausgedrückte Vorbehalt des Rechtes der kriegführenden Mächte, besondere Bedingungen noch außer den vier Garantiepunkten in einem europäischen Interesse aufzustellen, nicht in einer Weise gebraucht werden wird, die ihm die Wirkung geben könnte, das so glücklich eingeleitete Werk des Friedens von Neuem zu gefährden.

„Als Mitglied des deutschen Bundes aber hofft der kaiserliche Hof, es möge diese hohe Versammlung von der gegenwärtigen Mittheilung Anlaß nehmen, vor Europa zu bekunden, daß das gesammte Deutschland im Vereine mit Oesterreich die Grundlagen annimmt und aufrecht zu erhalten Willens ist, auf welchen durch die bevorstehenden Unterhandlungen der allgemeine Friede fest und dauerhaft errichtet werden soll.“

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Nach dem neuesten Petitionsbericht der Kommission des Abgeordnetenhauses für Handel und Gewerbe liegt derselben ein Gesuch des Central-Enthaltsamkeits-Vereins von Ostpreußen vor, welches dahin geht, „es in Erwägung zu ziehen, wie nach dem Vorgange in anderen Staaten, auch in unserem Vaterlande die Verdrängung des Branntweins als Volksgetränk auf dem Wege der Gesetzgebung nachhaltig herbeizuführen sei.“ Dem Gesuche liegt ein Konvolut Beitrittserklärungen bei, und es ist von den Einsendern bemerkt, daß diese Beitrittserklärungen von 11,833 Personen, und zwar von 1443 an das Herrenhaus und von 10,390 an das Haus der Abgeordneten vollzogen seien. Auf die Kommission des Abgeordnetenhauses hat die Petition sichtlich Eindruck gemacht. Der Kommissarius des Ministers des Innern erklärte sich folgendermaßen:

„Das Gesetz vom 7. Februar 1835, betreffend die Konzessionirung von Schankstätten und des Kleinhandels mit geistigen Getränken, gebe den Behörden bereits alle rathsamen Mittel an die Hand, die Schankstätten und den sonstigen Branntweinverkauf auf das örtliche Bedürfniß zu beschränken, und sei eine gegründete Veranlassung nicht anzuerkennen, hier im Wege der Gesetzgebung weiter einzuschreiten. Es habe auch das bestehende Gesetz sich in der Ausführung bis zum Jahre 1848 entschieden als zweckentsprechend bewährt und bis dahin, in Verbindung mit der Wirksamkeit der Enthaltsamkeitsvereine, eine bedeutende Verminderung der Schankgelegenheiten und des übermäßigen Branntweingenusses herbeigeführt. Allerdings sei im Jahre 1848 von den Ausführungsbehörden bei Ertheilung der Schankkonzessionen eine laxere Praxis geübt und in Folge dessen eine gleich fortschreitende Verminderung der Schankstätten auf lange erschwert, wo nicht verhindert worden, weil die einmal ertheilte Konzession dem Inhaber, wenn solche von ihm nicht durch Uebertretung von Polizeivorschriften verwirkt werde, lebenslänglich zustehe. Es werde jedoch von dem Königlichen Ministerium die strenge Ausführung des Gesetzes vom 7. Februar 1835 bereits mit aller Sorgfalt überwacht und sei erst vor zwei Monaten an sämmtliche Provinzialregierungen die Anweisung ergangen, für jeden Kreis und jeden Ort die Seelenzahl und die Zahl der vorhandenen Schank- und Branntweinverkaufsstätten zu ermitteln und einzuberichten, um auf Beseitigung der das örtliche Bedürfniß übersteigenden Schankgelegenheiten mit Sicherheit unausgesetzt hinwirken zu können. Wenn der Pfarrer Stern in Neuhoff, Kreis Lötzen, anführe, daß in seiner nur aus 1000 Seelen bestehenden Gemeinde 10 Brennereien und 12 Schankhäuser vorhanden seien, so würde der Königlichen Staats-Regierung die Mittheilung der Petition willkommen sein, um in dieser Beziehung Untersuchung und gesetzliches Einschreiten zu verfügen. Auch die von den Petenten in Bezug genommenen Vorgänge in New-York und die dortige Einführung des Maine-Gesetzes seien der Aufmerksamkeit der Staats-Regierung keineswegs fremd geblieben, vielmehr habe dieselbe darüber bereits Erkundigungen eingezogen. In Folge dessen könne schon jetzt mitgetheilt werden, daß das Maine-Gesetz im Staate New-York vor noch nicht langer Zeit eingeführt sei und erst in der Anwendung sich erproben müsse. Ob solches geschehen werde, sei sehr zweifelhaft, da das Gesetz dort auf Widerspruch gestoßen sei und dieser gerichtlichen Schutz gefunden haben sollte; nur im Staate Maine selbst solle das gedachte Gesetz, und zwar durch Mitwirkung einer geistlichen Sekte, durchgeführt worden sein. Offizielle nähere Berichte würden von der Staats-Regierung im gesandtschaftlichen Wege noch erwartet.“

Ein Theil der Kommission wollte sich bei dieser Erklärung beruhigen und beantragte den hiermit motivirten Uebergang zur Tagesordnung, welcher jedoch mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde. Man machte geltend, ob es sich nicht empfehlen dürfte, in Ergänzung des Gesetzes vom 7. Februar 1835 zu bestimmen, daß neue Konzessionen fernerhin nur auf eine gewisse Reihe von etwa 3 bis 6 Jahren zu ertheilen seien. Auch bleibe zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sein möchte, die Zahl der zu konzessionirenden Schankstätten in der Weise für bestimmte Bezirke durch die Regierungen festsetzen zu lassen, daß dieses Maß von den betreffenden Behörden in Ausführung des Gesetzes vom 7. Februar 1835 nicht überschritten werden dürfte. Endlich fragt es sich: ob nicht auch einerseits durch Erhöhung der Schank-Gewerbesteuer und andrerseits durch möglichste Ermäßigung der Steuer für solche Wirthschaften, in denen gar kein Branntwein geschänkt werde, — namentlich für die sogenannten Kaffeewirthschaften auf Straßen und Plätzen, deren Verbreitung zur Beseitigung des Branntweintrinkens nicht genug empfohlen werden könne — der Zweck des Gesetzes zu fördern sein möchte. Diese Erwägungen veranlaßten die Kommission, mit 12 gegen 2 Stimmen dem Abgeordnetenhause zu empfehlen, die Petition, in Betracht der großen Wichtigkeit des Gegenstandes, der königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen, womit sich auch der Kommissarius des Ministers des Innern einverstanden erklärte.

Ueber eine Reihe ähnlicher Petitionen aus der Provinz Westphalen, welche die Schließung aller Brennereien, die Uebernahme der Spiritusfabrikation zu medizinischen und technischen Zwecken durch den Staat und das Verbot des Branntweinverkaufs verlangen, wurde dagegen der Uebergang zur Tagesordnung beliebt.

Der Bundestags-Ausschuß für die orientalische Frage soll sein Gutachten über die österreichische Vorlage dahin abgegeben haben, daß das österreichische Ultimatum, so weit es die ursprünglich aufgestellten vier Garantiepunkte betrifft, in der von dem Wiener Kabinet beantragten Weise anzunehmen, in Bezug auf den fünften Punkt jedoch ein Vorbehalt zu empfehlen sei, über den zur Zeit Näheres noch nicht bekannt ist.

Wie schon früher zu wiederholten Malen, so taucht auch jetzt wieder und, wie es scheint, diesmal in vollem Ernste der Gedanke eines Kongresses auf, um den Versuch der definitiven Lösung aller seit lange schwebenden europäischen Fragen zu machen, insbesondere die Wiener Verträge von 1815 zu revidiren. Die Zweckmäßigkeit, ja die Nothwendigkeit eines solchen Unternehmens, dessen Gelingen allein geeignet wäre, dauernd beruhigte Zustände in Europa herbeizuführen, liefert den Beweis, daß der Gedanke in sachkundigen Kreisen seinen Ursprung genommen haben muß.

Der Dr. Brüggemann hat bei dem Herrenhause den, von noch 21, größten Theils der katholischen Religion angehörenden Mitgliedern unterstützten Antrag eingebracht: „Das Herrenhaus wolle beschließen: daß die k. Staats-Regierung ersucht werde, baldmöglichst einen Gesetz-Entwurf wegen Wiederherstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Ehesachen bei Katholiken vorzulegen“. Gründe: „Die Berechtigung der katholischen Kirche und der Widerspruch der weltlichen Ehescheidungs-Gesetzgebung mit der Lehre der katholischen Kirche von der Unauflöslichkeit des Ehebandes.“

Gestern Abend fand im königl. Schlosse die Aufführung der vier lebenden Bilder und darauf Souper statt, zu welchem über 400 Personen eingeladen waren.

Ihre königliche Hoheit die Prinzessin von Preußen reist heute früh nach Weimar, in Begleitung Höchstihrer Tochter der Prinzessin Louise königl. Hoheit, und wird daselbst einige Tage zum Besuche verweilen. Darauf begeben sich Ihre königliche Hoheiten nach Koblenz. Wie es heißt, wird die Vermählung Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Louise mit Sr. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten von Baden im Oktober d. J. stattfinden.

Der außerordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen Universität und Mitglied der königl. Akademie der Wissenschaften, Dr. Ernst Curtius, hat einen Ruf an die Universität Göttingen erhalten, um an C. Fr. Hermann's Stelle die ordentliche Professur der klassischen Philologie und Archäologie zu übernehmen.

Die vom Chef des Ingenieur-Corps, General Brese, schon lange beantragte Vermehrung der Offizierstellen dieses Corps, die sich als dringende Nothwendigkeit herausgestellt hatte, ist, wie wir in militärischen Kreisen erfahren, nunmehr Allerhöchsten Orts genehmigt. Es sind 18 neue Stellen gegründet worden, irren wir nicht, 3 für Stabsoffiziere, 4 für Kapitäns, 4 für Premier-Lieutenants, 7 für Sekonde-Lieutenants.

Der Rabbiner Dr. Philippson in Magdeburg veröffentlicht folgende Erwiederung auf die mitgetheilte öffentliche Antwort des Abg. Wagener: Durch nichts konnte der Abg. Wagener die Schwäche seiner Sache und seines eigenen Bewußtseins unumwundener zugestehen, als durch seine Antwort. Nachdem er durch seinen Antrag nicht allein uns Juden, sondern das ganze intelligente und das ganze wahrhaft christliche Preußen provozirt hat, nennt er es Provokationen, wenn wir ihn zu Rede stellen. Er verweist uns auf die Tribune, wo er nach Belieben anklagen kann, wir nicht zu antworten vermögen. Daß er aber in der Hinweisung einiger Petitionen jüdischer Gemeinden, daß der Staat sicher nicht religionslos ist, wenn er den Bekennern der ältesten positiven Religion ihr Bürgerrecht nicht entzieht, einen Anhalt findet, es ihnen zu entziehen, ist eines der seinerseits beliebten Kunststücke, welches darauf hinausläuft, zu sagen: weil du befähigt und berechtigt bist, spreche ich dir die Befähigung und das Recht ab. Doch genug, und nur noch eine Frage, die der Abg. Wagener auch nicht zu beantworten braucht: „Ist es wirklich patriotisch, in einer Zeit, wo die Gegner Preußens es aus dem europäischen Kongreß auszuschließen suchen, wo es aber seine alte Kraft und sein be-

währtes Ansehen in der Einigkeit aller Preußen findet, in solcher Zeit Spaltung, Streit, konfessionellen Hader, Erbitterung in die Herzen der Preußen zu schleudern?“

Veruntreuungen, von Eisenbahnbeamten an den dem Eisenbahn-Verkehr anvertrauten Gütern und Effekten begangen, kommen jetzt leider wiederholt vor. Es scheint auch dies eine Folge der Theuerung der letzten Jahre zu sein, welche die meist nur geringen Einnahmen der Eisenbahnbeamten zu sehr in Anspruch nimmt. Gegenwärtig ist wieder ein bedeutendes Verbrechen dieser Art hier entdeckt worden. Einem Kaufmann war, während er auf einer von hier weit entfernten Eisenbahnstation nur einen Augenblick den Wagen verließ, um in die Bahnhofs-Restauration einzutreten, eine kleine Reisetasche verschwunden, in welcher sich eine bedeutende Geldsumme, namentlich in Staatspapieren, befand. Alle Bemühungen, eine Spur des entwendeten Guts zu finden, blieben fruchtlos. Die Nummern der entwendeten Staatspapiere wurden den Polizeibehörden mitgetheilt und das hiesige Polizei-Präsidium brachte solche zur Kenntniß aller hiesigen Banquiers. Vor einigen Tagen erschien nun bei einem hiesigen Banquier ein Mann und wollte eins der bezeichneten Papiere umsetzen. Er wurde sofort verhaftet und der Kriminal-Polizei übergeben. Hier ermittelte man in ihm einen Eisenbahnbeamten, der den Eisenbahnzug an dem Tage begleitet hatte, als die Geldtasche aus solchem entwendet worden war. Die übrigen Staatspapiere sind bei ihm theils umgewechselt, theils noch in Papieren vorgefunden worden. Der entstandene Schaden wird also hierdurch glücklicher Weise gedeckt werden.

Dirschau, 11. Februar. Den Reisenden des heut um halb 12 Uhr nach Marienburg abgehenden Postzuges hätte leicht ein Unfall begegnen können. Als die Passagiere, ungefähr 13 an der Zahl, nebst den Trajekt-Mannschaften auf dem, mit Poststücken resp. Passagiergütern beladenen Handwagen etwa auf der Mitte des Flusses waren, erscholl vom Ufer aus der Schreckensruf: „Das Eis geht los!“ Da die Scholle jedoch nicht platzte, so kamen sämmtliche Bedrohte, außer einem Herrn, der ein kaltes Bad nehmen mußte, aber gerettet wurde, mit dem Schrecken davon. — Das Eis ging bei einem Wasserstande von 13′ 7½″ nur eine kleine Strecke, blieb dort abermals stehen und war somit der Trajekt vorläufig gesperrt. Das Wasser stieg darauf einige Zoll, fiel aber wieder um so viel, bis endlich nach drei Uhr Nachmittags bei 13′ 6″ Wasserstand das Eis sich aufs Neue löste. Eine mächtige Eisscholle hat den Fluß von der Fähre bis Zeisgendorf bedeckt, was bei fortgesetztem Eisgange leicht eine Stopfung bewirken könnte. Unterhalb der Ueberfährstelle erblickt man, so weit das Auge reicht, klares Wasser und ist die um halb vier Uhr von Marienburg kommende Post per Boot übergesetzt worden. Gegenwärtig Frühlingswetter bei heiterm Himmel. (D. D.)

Bromberg, 11. Febr. In der Plenarsitzung des Gewerberathes vom 7. d. Mts., die besonders auch auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Provinz, der eine baldige Entscheidung unseres Gewerberathes in der Eisenbahnfrage wünscht, stattgefunden, ist nach längerer Besprechung beschlossen worden, eine Denkschrift darüber auszuarbeiten und dieselbe der k. Regierung zu übergeben. Die Versammlung theilt hinsichtlich der Bahnrichtung vollständig die Ansichten der Handelsabtheilung und empfiehlt den Trakt über Gnesen, Gonsawa, Schubin &c. nach Bromberg; sie wird in der Denkschrift die Motive hierfür genau entwickeln, namentlich auch nachweisen, wie, abgesehen von allen sonstigen Vortheilen, das Staatsinteresse eine Richtung der Eisenbahn von Gnesen, Gonsawa, Schubin &c. ganz besonders erheische. Wie verlautet, wird unter Anderm auch auf einen bedeutenderen Absatz der schlesischen Steinkohle in unserer Provinz hingedeutet werden, indem durch den 1½ Meile kürzeren Weg über Gnesen, Gonsawa &c. (als über Inowraclaw) die Kohle billiger geliefert und auf diese Weise eine wohlthätige Konkurrenz mit der englischen Steinkohle erzielt werden dürfte. — Nach einem Ministerialbefehle sollte bekanntlich zu Ostern d. J. hier ein Garnisonwechsel eintreten, indem unser 21. Inf.-Reg. nach Thorn und das dort garnisonirende nach Bromberg marschirt. Wie ich höre, wird nach einer höheren Bestimmung dieser Wechsel so lange aufgeschoben werden, bis die in Folge der Rinderpest hervorgerufene militärische Besetzung der Grenze aufgehoben werden kann. (Pos. Ztg.)

Breslau, 13. Febr. Vorige Nacht Eisgang bei sehr mäßigem Wasserstande. Das Eis war dünn und mürbe. Ein kleiner Theil desselben steht noch zwischen Sand und Ausladeplatz.

Naumburg a. d. S., 11. Februar. Gestern fand zu Freiburg a. d. U. eine Versammlung zur Bildung einer Aktien-Gesellschaft statt, welche sich die Erzeugung moussirender Weine aus den in der Umgegend wachsenden Weinen in großem Maßstabe zum Zwecke setzt. Es wurde ein Comité von 9 Personen ernannt und von den erforderlichen 1000 Aktien zu 30 Thlr. 470 sofort gezeichnet.

Dresden, 13. Februar. Vor einiger Zeit ist hier unter dem Titel: „Anzeiger für die politische Polizei Deutschlands“, ein Buch erschienen, in welchem gegen 6000 Personen der verschiedensten Stände und Länder Europa's als polizeilich verdächtig angeführt werden. Es befanden sich darunter u. A. viele Männer, welche der Gothaischen Partei angehörten, und verschiedene Blätter, namentlich die „Weimarsche Zeitung“ (Carl Biedermann) und die „Ostd. Post“ in Wien sprachen sich in heftiger Weise aus gegen ein so rücksichtsloses Verfahren, wie es in diesem Buche gegen geachtete Personen, die sich selbst zum Theil jetzt noch in hohen amtlichen Stellungen befinden, beobachtet war. Das heutige „Dresdener Journal“ enthält einen langen Artikel gegen diese Angriffe. Das Buch sei lediglich eine für die Polizei bestimmte Geheimschrift, es solle weder ein Steckbrief, noch eine Denunciation sein, aber die Regierungen dürften auch, selbst wenn sie wollten, nicht vergessen, wie sich die Revolution im Jahre 1848 entwickelt und wer sie geleitet habe. Der Artikel ist in seinem weitern Verlaufe speciell gegen die Weimarsche Zeitung und gegen die Politik der „Gothaer“ vor und nach 1848 gerichtet.

Oesterreich.

Wien, 11. Februar. Es bestätigt sich, daß die Westmächte die Absicht haben, die Frage wegen Abschluß eines Handelstraktats mit Rußland nach Unterzeichnung des Friedens zur Verhandlung zu bringen. Es haben in dieser Beziehung in letzterer Zeit ausführliche Unterhandlungen zwischen England und Frankreich stattgefunden und sind die Resultate derselben auch nach Wien mitgetheilt worden, indem zu gleicher Zeit das diesseitige Kabinet eingeladen wurde, die westmächtlichen Propositionen zu unterstützen. Motivirt ist diese Einladung durch die Erklärung, daß es sich hierbei nicht um einen spezifisch russisch-westmächtlichen Handelsvertrag, sondern überhaupt um Ausschließung der russischen Grenzen dem allgemeinen Handelsverkehre handle. In Hinblick auf diesen Grundsatz beantragen demnach auch die Westmächte die Befreiung des Handels von allen den drückenden Maßregeln, welche bis jetzt in Wirksamkeit waren, und proponiren namentlich eine den Grundsätzen der Billigkeit entsprechende Revision der die Etablirung fremder Handelshäuser in Rußland betreffenden Gesetze und vor Allem die Beseitigung der Hindernisse, welche bis jetzt dem von ausländischen Firmen zu betreibenden Handel mit russischen Produkten in Rußland selbst im Wege standen, so wie eine Herabsetzung der betreffenden Steuern und anderweitigen Abgaben, welche Propositionen, wie man sieht, in der That im Interesse aller mit Rußland im Handelsverkehre stehenden Nationen gelegen sind, und daher auch allerdings eine nachdrückliche Unterstützung von Seiten der betreffenden Regierungen beanspruchen können. (Voss. Ztg.)

Schweiz.

Genf, 8. Februar. Großes Aufsehen erregt hier eine geheimnißvolle Vergiftungsgeschichte. Am Montag erschien nämlich bei der Frau eines hiesigen wohlhabenden Schlossermeisters ein Knabe mit einem frischen Blumenstrauß und einigen Meringen (ein hier beliebtes, mit geschwungenem Rahm gefülltes Backwerk), angeblich ein Geschenk zu ihrem Namensfest von einer Freundin. Die Frau aß das Backwerk, welches sich nicht lange aufbewahren läßt, und gab den Rest ihrem Dienstmädchen. Beide Frauen erkrankten eine halbe Stunde später an heftigen Leibschmerzen, und starben in kurzer Zeit, ohne daß der schleunigst herbeigerufene Arzt, der sofort die unzweideutigsten Spuren einer Vergiftung erkannte, noch Hülfe zu leisten vermocht hätte. Einige Verhaftungen sind vorgenommen, jedoch noch ohne sicheres Resultat, namentlich konnte der Ueberbringer des verderblichen Geschenks noch nicht ermittelt werden.

Frankreich.

Paris, 11. Februar. Die politische Welt beschäftigt sich seit gestern mit dem so eben erschienenen 1. Bande von Bazancourt's histoire de l'expédition en Crimé. Hr. v. Bazancourt ist bekanntlich im Auftrage der Regierung nach der Krim gegangen, um an Ort und Stelle das Material zu seinem Buche zu sammeln, somit haben die Dokumente, die sich darin finden, einen gewissen Charakter der Authentizität. Es ist unmöglich, in dem Raume einer gewöhnlichen Tageskorrespondenz das Werk zu analysiren, das sehr viel neue Thatsachen und Aufschlüsse bringt. Für heute will ich nur hervorheben, daß sich in dem Buche mehrere bisher nicht veröffentlichte Depeschen des Marschalls St. Arnaud an den Kriegsminister befinden. Aus einer derselben erfahren wir, daß Silistria auf dem Punkte gestanden habe, sich zu ergeben, als die Russen abzogen. Der Marschall ist der Meinung, daß militairische Gründe die Russen zum Rückzuge nicht genöthigt haben und will demnach das Motiv in den Demonstrationen Oesterreichs sehen, dessen friedliches Dazwischentreten zwischen Rußland und den Westmächten der Kaiser Nikolaus durch den Rückzug habe erzielen wollen. Nicht minder interessant ist die Thatsache, daß im Jahre 1854 Oesterreich sich bereit erklärte, für den Fall, daß Rußland das Augustprogramm ablehne, das Schwert zu ziehen, und demgemäß beantragte, daß die verbündeten Armeen mit der seinigen vereint den Feldzug an der Donau eröffneten; England widersetzte sich aber diesem Vorschlage, indem es erklärte, daß es in keinem Falle seine Soldaten den Gefahren des Klima's jener Gegenden aussetzen werde. Danach erst wurde der Feldzug in der Krim beschlossen.

Großbritannien.

London, 11. Febr. Der versöhnliche Ton, in welchem Lord Palmerston am Freitag Abend die amerikanische Streitfrage besprach, wird als ein Zeichen ausgelegt, daß die Regierung noch weit entfernt ist, auf den Frieden im Orient mit Gewißheit zu rechnen. Lord Palmerston sagte in der letzten Unterhaussitzung, daß der Ausgleichungsplan, welchen die englische Regierung vorschlägt, nach Washington abgegangen sei; aber er sagt nicht, wann. „Wir“, erklärt der Advertiser, „wir können die Lücke ausfüllen. In dem Augenblicke, wo Se. Lordschaft sprach, befand sich der Plan im Postfelleisen, hatte aber die Küsten Englands noch nicht verlassen.“

In Southampton haben sich 685 Mann vom 2. leichten Infanterie-Regiment, 1. Bataillon der Schweizer-Legion, vorgestern nach der Krim eingeschifft.

Lieutenant Geneste, dessen Name seit der Hangö-Affaire in weiten Kreisen bekannt geworden ist, hat das Kommando des Kanonenbootes „Hering“ erhalten.

Der Herzog von Wellington soll, wie „Times“ meldet, seine Stelle als Oberst-Stallmeister niedergelegt haben, und zwar deshalb, weil er mit der Ernennung des Baron Parke zum Pair auf Lebenszeit nicht einverstanden ist. (Er hatte in der betreffenden Debatte im Oberhause für Lyndhurst's Antrag und gegen die Regierung gestimmt.) Auch der Lord-Kanzler soll seine Abdankung eingereicht haben, nachdem er sich überzeugt hat, daß mehrere seiner Kollegen seine Ansichten über das Verfassungsmäßige einer blos lebenslänglichen Pairie nicht theilten. — Indem der „Globe“ dieser Gerüchte erwähnt, bemerkt er zugleich, daß er guten Grund habe, dem Gerüchte in Betreff der Abdankung des Lord-Kanzlers keinen Glauben zu schenken. Die Regierung werde die Einführung von Lebens-Pairien nicht fallen lassen; die Maßregel finde überall, nur nicht im Oberhause, Anklang, dessen Würde und Tüchtigkeit sich in Folge dieser Reform bedeutend heben wird.

Rußland und Polen.

Warschau, 11. Febr. Vorgestern ist die Leiche des Statthalters von Warschau nach Demblin transportirt worden, begleitet von der Familie und Gefolge.

Provinzielles.

Dramburg, 9. Febr. Das aus dem Herrn Major v. Mach und Hrn. v. Mellenthin zusammengesetzte Kuratorium der zu Schloß Falkenburg bestehenden Louisenstiftung hat beschlossen, auf die Zeit vom 1. Jan. 1856 bis dahin 1859 ein Krankenbett in Bethanien bei P[illegible]n der Art zu stiften, daß in demselben jährlich 365 Tage lang Kranke unentgeltliche Aufnahme, Pflege und Beköstigung finden können. Diese Stiftung soll unbemittelten Einwohnern der im Besitz des Kammerherrn v. Borcke: Schloß Falkenburg, Gersdorfer, Hütten und Sanskowschen Güter, und schließlich der Stadt Falkenburg so zu Gute kommen, daß zuvörderst Kranke aus den jetzigen Schloß Falkenburger und Gersdorfer Gütern und dann erst aus den in anderen Besitz übergegangenen Gütern und der Stadt Falkenburg zur Berücksichtigung kommen.

Vermischtes.

* Als am 11. d. M. Mittags die Ehefrau des Schlossergesellen Sch. in Moabit, Stromstraße, ihr 8 Monat altes Kind eben gewaschen, angezogen und in das Bett gelegt hatte, begab sie sich in die anstoßende Küche, um zu waschen. Etwa nach Verlauf einer halben Stunde kehrte sie nach der Stube zurück, um nach dem Kinde zu sehen, und fand dasselbe an der Bettstelle hängend, todt wieder. Wahrscheinlich war das Kind im Bette unruhig geworden, hatte die Beinchen von den sehr hoch liegenden Betten über die Wand der Bettstelle hinausgebracht, war so hinabgeglitten und an dem Knopfe einer messingenen Schraube, deren sich 4 Stück in der Bettstelle befinden, mit dem im Hemde in der Gegend des Halses befindlichen Zugbande hängen geblieben und so erwürgt worden.

* Das „Pays“ erzählt, daß der Fürst Paskiewitsch einer ehemaligen Schauspielerin des Variéte-Theaters eine lebenslängliche Pension von 400 Frcs. habe auszahlen lassen. Die Veranlassung zu dieser Freigebigkeit sei folgende gewesen. Am 15. Juli 1814 fand auf dem Eintrachtsplatze eine religöse Feier als Danksagung der Verbündeten für den von ihnen errungenen Sieg statt. Der Fürst Paskiewitsch, der auf einer der vorzüglichsten Ehrentribünen stand, langweilte sich und sah mit einem Perspektive die Zuschauerinnen, die sich auf dem Platze hin und her drängten. Er erblickte Adele P., die er sogleich erkannte, und stieg herab, um einem Adjutanten den Auftrag zu geben, der schönen Schauspielerin zu helfen und sie in die innere Umgrenzung des Platzes zu führen. Während der General herabgestiegen war, stürzte die Tribüne, auf der er sich befunden hatte, zusammen und viele Zuschauer kamen ums Leben. Alexander I. hörte von diesem Ereigniß und gewann die Ueberzeugung, daß ein auf so wunderbare Weise geretteter Mensch zu großen Thaten vorbehalten sei, und er gab ihm ein wichtiges Kommando. Paskiewitsch besuchte noch an jenem Abend die schöne Adele, um ihr zu erklären, wie sie ihm das Leben gerettet habe, und um ihr einen kostbaren Brillant zu schenken. Adele P. kam allmälig in das Elend, und ohne alle Hülfe, wie sie war, erinnerte sie sich ihres entfernten Gönners, der seitdem ein gewaltiger Herr geworden war. Sie schrieb ihm einen Brief, und kurze Zeit darauf erhielt sie 100 Rubel (200 Frcs.) mit dem Versprechen, daß sie alle sechs Monate so viel erhalten solle. Adele P. war einige Jahre vor dem Fürsten gestorben.

(Lord Brougham und der falsche Drouin de Lhuys.) Der alte Lord war während seines jüngsten Pariser Aufenthalts zu Abend bei einer ihm befreundeten Dame geladen, und durch ein seltsames Mißverständniß gerieth er mit einem Herrn, den er für den Grafen Drouin de Lhuys hielt, ins Gespräch. Es war dies ein Sänger, welcher den Abend etwas vortragen sollte. Durch ein neckisches Spiel des Zufalls gerieth der edle Lord nach ein paar Gesprächswendungen darauf, dem Manne Komplimente zu machen für die Noten, durch die er sich seinen Namen gemacht, und für die Verdienste, die er sich erworben, indem er in schwierigen Punkten stets das strengste Maß beobachtet. Der Mann nahm diese Schmeicheleien als selbstverständlich mit artigem Lächeln auf; das Mißverständniß ward immer ärger. Lord Brougham fand den Exminister nicht sehr bewandert in Sachen der Politik, obschon er sie selbst nur leise berührt hatte. Sie trennten sich, der Lord nahm dem Piano gegenüber Platz. Da tritt zu seinem nicht geringen Staunen der vermeintliche Exminister an das Piano, setzt sich und beginnt zu präludiren. Bald öffnet er auch den Mund und singt eine Opern-Arie mit vielem Ausdruck. Lord Brougham, dessen Miene während des Vortrages immer länger wurde, wendet sich an den Nächstsitzenden mit der Frage: Singt er immer so? — Ja! lautete die Antwort. Der Lord schwieg. Die Sache dünkt ihm sehr wunderlich, er fragte auch nicht weiter, blieb bei dem Mißverständniß und reiste schon nächster Tage zur Eröffnung des Parlaments nach London ab, wo er wohl bereits Gelegenheit gefunden haben dürfte, sich mit Palmerston und Clarendon über die ganz neuen Ambitionen des Grafen Drouin de Lhuys und über dessen gesellschaftliche Talente zu unterhalten.

Börsenberichte.

Stettin, 14. Februar. Witterung: In vergangener Nacht leichter Frost, Mittags Schneefall. Temperatur 0. Wind OSO.

Weizen, behauptet, loco 86.90pfd. 100 Rt. Gd., pr Frühjahr 88.89pfd. gelber Durchschnitts-Qualität 100 Rt. Br., 84.90pfd. 96 Rt. Br., 88.89 U. pr Mai-Juni 109 Rt. bez. u. Gd., pr Juni-Juli 109 Rt. Br.

Roggen, animirt, loco ohne Umsatz 82pfd. 76 1/2 Rt. Br., 82 U. pr Februar 76 1/2 Rt. Br., pr Frühjahr 77 1/2, 78, 78 3/4, 79, 79 1/2 bez., 79 1/2 Rt. Br., 79 Rt. Gd., pr Mai-Juni 70 Rt. bez., pr Juni-Juli 78 Rt. bez. u. Br.

Gerste, fest, loco 76.77 U. pr 75 U. 57 1/2 Rt. bez., 74.75 U. pr Frühjahr gr. pomm. 58 Rt. bez. u. Br.

Hafer, fester, loco 52pfd. schlesischer pr Connoissement 35 1/2 Rt. bez., pr Frühj. 50.52 U. ohne Benennung exclusive poln. und preuß. 36 1/2 Rt. Gd., 37 Rt. Br.

Erbsen loco große Koch- 85 Rt. bez., kleine 80—84 Rt. Br.

Rüböl, sehr still, loco 15 2/3 Rt. Br., pr Februar, Februar-März und März-April 15 3/4 Rt. Br., pr April-Mai 15 11/12 Rt. Br., 15 1/2 Rt. Gd., pr Sept.-Okt. 14 1/3 Rt. Br. u. Gd.

Spiritus, fester, loco ohne Faß 12 3/8—7/16 % bez., m. Faß 12 3/8 % bez., pr Februar, Febr.-März und März-April 12 1/4 % Br., 3/8 % Gd., pr Frühjahr 12 1/16—12 % bez., 12 % Gd., pr Mai-Juni 11 7/8 % bez. u. Gd., pr Juni-Juli 11 3/4—5/8 bez. u. Br.

Zink 7 2/3 Rt. Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 14. Februar, Nachmittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 86 3/4 bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 % 112 1/4 bez. 4 1/2 % Staatsanleihe von 1854 101 bez. Berlin-Stettiner 174 1/2 bez. Stargard-Posener 96 Br. Köln-Mindener 167 3/4 bez. Französisch-Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 164 Gd. London 3 Mt. 6. 21 1/2 bez.

Roggen pr Februar-März 77 1/2 Rt. Br., 77 Rt. bez., pr Frühjahr 77 1/4, 78 1/4 Rt. bez., pr Mai-Juni 78 3/4, 78 Rt. bez.

Rüböl loco 16 1/12 Rt. bez., pr Februar-März 16 1/12 Rt. bez., pr April-Mai 16 1/3 Rt. bez.

Spiritus loco 28 3/4 Rt. bez., pr Febr.-März 29 Rt. Br., 28 3/4 bez., pr März-April 29 1/3 Rt. bez., pr April-Mai 30 1/4, 30 Rt. bez.

London, 13. Februar. Weizen, gute Zufuhren von amerikanischem und Mehl. Das Geschäft war in allen Artikeln nur gering. Preise wie am letzten Montag unverändert.

Amsterdam, 13. Februar. Weizen, stille, unverändert. — Roggen 5 fl. höher, begehrt. Rapps pr Frühjahr £ 96. Rüböl pr Frühjahr 47 fl.

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schultz & Co.

Februar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	13	333,48‴	333,28‴	335,83‴
Thermometer nach Reaumur.	13	+ 5,3°	+ 7,2°	+ 0,8°

Verleger und verantwortlicher Redakteur H. Schoenert in Stettin. Druck von R. Graßmann in Stettin.